

## **Liebe Mitdemonstrantinnen und Mitdemonstranten!**

Warum ist es wichtig, für ein buntes Würzburg zu demonstrieren?

Vor etwa 40 Jahren hörte ich zum ersten Mal das Läuten der Kirchenglocken zur Erinnerung an den 16. März. In der Zeitung las ich, dass die Erinnerung nicht nur dem schrecklichen Tag, sondern auch der politischen Vorgeschichte dieses Tages galt: Trauer über unwiederbringliche Verluste, aber auch ein nüchterner Sinn für die Wirklichkeit. Das war mein erster Eindruck vom Geist dieser Stadt. Die großen Gedenktage dieses Jahres enthalten alle diese schmerzliche Doppelwahrheit. Das gilt von der Befreiung des KZ Auschwitz im Januar 1945, vom 16. März und vom 8. Mai. Es gilt auch vom Gedenken an Menschen, die vor 70 Jahren für ihren Widerstand in der NS-Zeit mit dem Tode bezahlten: Helmuth James von Moltke, Alfred Delp, die Würzburger Georg Angermeier und Franz Wirsching, ein einfacher Arbeiter. Das Gedenken erinnert immer zugleich auch an das schmachvolle Ende der ersten deutschen Demokratie. Das müssen wir aushalten; denn es darf sich nie mehr wiederholen.

Dieses „negative Wissen“ war nach 1945 ein starkes politisches Motiv. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes konstruierten in diesem Wissen die Verfassung. Beim sog. „konstruktiven Misstrauensvotum“ liegt das auf der Hand. Viele Wähler beteiligten sich in diesem Wissen an den Wahlen. Die Einheitsgewerkschaft entstand gegen die Zersplitterung in der Weimarer Zeit. Heute beginnt die Wirkung des schmerzhaften „negativen Wissens“ nachzulassen. Es war nicht gut, dass 1990 keine verfassungsgebende Versammlung einberufen wurde – gegen den klaren Wortlaut des Grundgesetzes – und dass viel zu viele dazu schwiegen. Es darf nicht mehr dazu kommen, dass Scharlatane Scharen Gutgläubiger hinter sich herziehen und die Mehrheit besorgt, aber stumm zusieht. Deswegen ist die Demonstration heute so wichtig. Es darf auch in Zukunft keine sog. gelben Gewerkschaften geben, die von Unternehmen zur Schwächung der Arbeitnehmer bezahlt werden.

Willy Brandt sagte in einem Interview anlässlich eines Auslandsbesuches drastisch, und hoffentlich gilt das nur noch für die Vergangenheit: Die unpolitischen Deutschen bräuchten von Zeit zu Zeit einen Tritt vom Schicksal, um zur Besinnung zu kommen. Ich erhielt diesen Tritt zum Aufwachen aus acht Jahren Erziehung in der Nazizeit im Januar 1945 als 17-jähriger. Die Sowjetunion deportierte aus Siebenbürgen und aus dem Banat Tausende Arbeitsfähiger in den Donbass. Willy Brandts wenig schmeichelhafte Bemerkung sagt: Es geht nicht nur um das Nicht-Vergessen oder um das Nicht-Verdrängen, sondern um die Beherzigung der historischen Schocks auf Dauer. Andernfalls droht in der dritten oder vierten Generation die nächste unfreiwillige

*Andreas Möckel – Ansprache am 14. März 2015 in Würzburg – Würzburg ist bunt.*

Verwandlung unter Donner und Blitz. Auch der amerikanische Präsident Woodrow Wilson sah die Gefahren politischer Genügsamkeit. Ein politisch erträglicher Zustand ist erkämpft. Wird er daraufhin sich selbst überlassen, geht es abwärts. Darauf ist Verlass. Sinngemäß sagte Wilson: Wenn die Menschen in Friedenszeiten politisch so wach lebten wie im Krieg, wären Kriege nicht mehr nötig.

Es gab nach dem Ersten Weltkrieg genügend Weitschauende, die erkannten, dass die Geschichte sich auf eine Weltgesellschaft zubewegt. Gehör fanden jedoch die Rabiatesten der Nationalisten. Hitler war kein Revolutionär, wie sogar Marion Gräfin Dönhoff in der Wochenzeitung „Die-Zeit“ einmal schrieb. Er war ein Konterrevolutionär. Die nationale Diktatur war keine Revolution, sondern weißer Terror. Die Geister der Zwischenkriegszeit sind heute erst recht Leichengift. Marie Le Pen, Geert Wilders, die AfD, Pegida und andere spielen damit, dass niemand die Zukunft genau kennt. Aber der nächste Wandel kommt, ob es uns passt oder nicht, und er kostet Kraft.

Die heutige Demonstration ist ein Signal auch an die politischen Parteien. Wer sich für ein ethnisch buntes Würzburg stark macht, weiß, dass es Probleme gibt und dass neue Probleme auch in Zukunft entstehen werden. Vor 68 Jahren schob die Sowjetunion kranke Zwangsdeportierte aus dem Donbass nach Deutschland ab. Ich war einer von ihnen und bin dankbar für die Aufnahme. Sie war nicht einfach. Aber Deutschland bewältigte zusammen mit Millionen von Flüchtlingen einen riesigen gesellschaftlichen Wandel. Auch die Wiedervereinigung 1990 wandelte das ganze Land. Der nächste Wandel hat schon begonnen und wird uns und allen Europäern einiges abverlangen. Wir wünschen uns politische Vertreter, die vor der Zukunft keine Angst haben, sowohl im Bund und in den Ländern als auch in Brüssel und in Straßburg. Wir wollen keine Volksvertreter, die national engstirnige Wähler suchen. Wir wollen, dass rechtzeitig getan wird, was getan werden muss. Wir wollen, dass der nächste, notwendige Wandel in Deutschland und in Europa mit Anstand gelingt.